

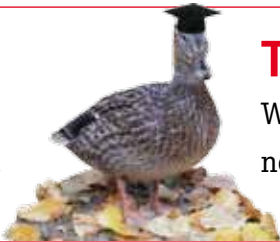
HAVEL BRANDUNG

Ausgabe Frühling 2011

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

Vertrauen ▶ 2

Eine neue Qualität
der Mitsprache ist nötig!



Theo Berg ▶ 4

Was von Guttenberg
noch übrig bleibt

Kandidaten ▶ 5

Norbert, mach uns den Scholz!
Aus dem SPD-Kreißaal

Rate mal ▶ 8

Büchergutscheine
zu gewinnen!

Hat unsere Stadt bald einen Bürgerhaushalt?

Bürgerhaushalt – dieser Begriff geistert seit einigen Wochen durch die örtlichen Medien und auch die Parteien verwenden ihn gern, um ihre Bürgernähe zu dokumentieren. Was steckt dahinter? Ein Blick in Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/wiki/Bürgerhaushalt>) legt eine Kurzfassung nahe. Lesen Sie hierzu unseren Infokasten.

2005 gab es in Europa bereits 55 Bürgerhaushalte, 10 davon in Deutschland; mittlerweile hat sich die Zahl vervielfacht. Die nächstgelegene Kommune mit einem Bürgerhaushalt ist unsere Landeshauptstadt. Schaut man sich die Vorschläge der Potsdamer Bürger für das Jahr 2011 an (www.potsdam.de/cms/

die Verbesserung des Betreuungsschlüssels für KITA-Erzieher/innen und der Ausbau des Radwegenetzes. Die Einbringung solcher Vorschläge stand jedem Bürger zu; anschließend wird ihre Machbarkeit überprüft. Beteiligen kann man sich per Internet, auf Bürgerversammlungen und über einen Fragebogen. Soweit Potsdam.

Für Brandenburg an der Havel wäre theoretisch Ähnliches denkbar. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass ein Bürgerhaushalt sich grundsätzlich auf die frei verwendbaren Haushaltsmittel der Kommune bezieht. Und hier liegt, wie man so schön sagt, der Hase im Pfeffer.

bestenfalls kann er dazu dienen, dass die Bürger sich über Einsparmöglichkeiten verständigen – was allerdings nicht der hauptsächliche Sinn und Zweck eines Bürgerhaushaltes sein kann. Um in Brandenburg einen echten Bürgerhaushalt realisieren zu können, muss also zunächst die Finanzlage unserer Kommune grundlegend verbessert werden. Womit man allerdings schon jetzt beginnen kann, ist, eine Stra-

tegie der Umsetzung auszu- arbeiten. Vorausgesetzt, die Verwaltung und die Stadtverordneten signalisieren die Bereitschaft, einen Teil ihrer Entscheidungsbefugnis abzugeben. Solange kein rigoroser Sparwille der Kommune und keine belastbare Bereitschaft vorliegt, basisdemokratische Entscheidungsprozesse zu gestalten, bleibt jede Debatte über den Bürgerhaushalt leider leeres Gerede.

R. Kretzschmar

Der Bürgerhaushalt, auch partizipativer Haushalt oder Beteiligungshaushalt genannt, ist eine in den 1980er Jahren entwickelte direkte Form von (kommunaler) Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung einer Stadt, einer Gemeinde oder einer anderen Verwaltungseinheit bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel – der sog. „freiwilligen Leistungen“ – mitbestimmen und entscheiden.

Über die Verwendung der Mittel verständigen sich die Bürger dabei selbstständig in einem deliberativen Prozess (Diskussionsprozess ohne förmliche Abstimmung im Rahmen besonderer Treffen/ Foren), den die Verwaltung vorwiegend moderierend und beratend begleitet. Der Prozess darf sich nicht nur auf eine

punktueller Maßnahme beziehen, sondern muss auf Dauer angelegt sein, die gesamte Kommune berücksichtigen und eine Rechenschaftslegung der Organisatoren beinhalten.

Mit dem Bürgerhaushalt soll erreicht werden:

- eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen (partizipatorische oder direkte Demokratie),
- die Reduzierung der Mittelverschwendung,
- die Durchsetzung politischer Ziele für ärmere, weniger gut vertretene Bürger,
- die Verlagerung von Entscheidungen auf die Ebene der Betroffenen,
- die Entmachtung potenziell korrupter Politiker.

Wofür ich stehe

Kolumne von A. Förster



Über die Zeitungen resümierte einst der amerikanische Schriftsteller William Faulkner: „Die Menschen sind heutzutage nicht schlechter, als sie früher waren. Nur die Berichterstattung über ihre Taten ist gründlicher geworden.“ Mit dieser Ausgabe der Havelbrandung wollen wir deshalb unseren Teil dazu beitragen und die aktuelle Berichterstattung um jene Aspekte, Argumente und Kommentare ergänzen, die in den übrigen Medien zu wenig Berücksichtigung finden. Natürlich geht es in den Beiträgen auch um Brandenburg an der Havel, unsere Heimat, und um die Menschen, die in dieser Stadt leben und sie gestalten.

Wir wollen damit Mut machen, sich für den kommunalen Zusammenhalt in unserer kreisfreien Stadt zu engagieren, und Sie auffordern, mit uns gemeinsam ein lebens- und liebenswertes Gemeinwesen aufzubauen. Denn trotz aller Widrigkeiten, denen diese Stadt über die Jahrhunderte hinweg immer wieder ausgesetzt war,



Unsere

hochverschul-

dete Stadt darf keine neu-

en freiwilligen Leistungen in den Haushaltsplan aufnehmen. Unter diesen Umständen ist ein Bürgerhaushalt eigentlich nicht umsetzbar;

ziel/1026179/DE/), so steht dort auf Platz eins der Bau eines „Fußballplatzes am Park Babelsberg für Freizeit- und Jugendsport“. Auf den nächsten Plätzen folgen

Vertrauen wiederherstellen

Eine neue Qualität der Mitsprache ist dringend notwendig



Dr. Andreas Bernig bei der Gesamtmitgliederversammlung der Linken am 23.10.2010

Themen, die das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar berühren und ihre Lebensqualität bestimmen, sind ohne sie nicht zu bearbeiten. Das zeigen die vielen Problemfelder und Proteste bei wichtigen Baumaßnahmen in Brandenburg und anderen Bundesländern. Es ist eine Frage der Demokratie und des Vertrauens in die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg entschieden wird. Bereits in der Vorbereitung der Planungsphase müssen Maßnahmen offengelegt werden und für die Bürger

nachvollziehbar sein. Eine lückenlose Informationskette, öffentliche Diskussionen und das rechtzeitige Aufgreifen von Vorschlägen sind notwendig, um im Interesse der Bürger handeln zu können. Der Impuls dafür muss von den zuständigen Verwaltungen kommen. Ein Abschieben der Verantwortung nach oben oder unten darf es nicht geben. Leider funktioniert die Einbeziehung der Bürger auch im Land Brandenburg bei vielen Maßnahmen noch nicht. Das zeigen die Bürgerinitiativen zu so sensiblen Themen wie Energiepolitik,

Flugrouten und Lärmschutz an Autobahnen. Ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel aus jüngster Zeit, welche Folgen die Nicht-Berücksichtigung von Bürgerinteressen haben kann, ist der Bau eines Digitalfunkmastes in Plessow bei Werder. Über das Votum des ehrenamtlichen Ortsbeirates hinweg hat die Stadtverwaltung Werder den Standort des Mastes festgelegt. In Plessow formierte sich daraufhin eine Bürgerinitiative. Mit erheblichem Kostenaufwand musste nach massiven Protesten ein neuer Standort für den Funkmast gesucht werden. Dazu mussten die Stadtverordneten zusätzliche finanzielle Mittel genehmigen, die bei rechtzeitiger Einbeziehung der Bürger für andere kommunale Aufgaben hätten eingesetzt werden können. Lobenswert, dass die Plessower sogar eine finanzielle Selbstbeteiligung beschlossen haben. Den Mehraufwand zu verantworten hat aber letztlich die Stadtverwaltung Werder.

Dr. A. Bernig (MdL)

gehört Brandenburg an der Havel, wie es ihr einstiger kluger Baubeigeordneter Dr. phil. Ralf Kromholz vor Jahren bereits betonte, mit Sicherheit zu den glücklichen Städten Deutschlands.

BRANDENBURG, EINE GLÜCKLICHE STADT

Glücklich, weil diese Stadt eine verkehrsgünstige Lage hat. Glücklich, weil sie eine naturräumliche Einbettung in höchster Qualität besitzt, und glücklich, weil Brandenburg an der Havel nach wie vor sein städtebauliches Erbe auf hohem Niveau erhalten und bis heute zu einem großen Teil wiederherstellen konnte. Um wie viel glücklicher könnten aber die darin lebenden Menschen sein, wenn es uns in den nächsten Jahren gemeinsam gelingen würde, endlich die von der Kommunalpolitik oft schamhaft verschwiegene, viel zu große Kinder- und zunehmend auch Altersarmut zu beseitigen, die Stadt generell familienfreundlicher zu

Kolumne, Teil 2

gestalten sowie mit Hilfe einer transparenten, regional verwurzelten Wirtschaftspolitik gute Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle Brandenburger/-innen bereitzustellen?

Es sind immer die Menschen, die das Gemeinwesen ausmachen, nicht deren Bauten, stellte sinngemäß bereits vor 2500 Jahren der Grieche Thukydides fest. Ich möchte Sie deshalb dazu auffordern, nicht nur auf das eine oder andere Prestigeprojekt zu achten, mit dem man um Ihre Gunst und Stimme bei den anstehenden Oberbürgermeisterwahlen werben wird, sondern auch darauf Wert zu legen, welche Versprechen Ihnen die einzelnen Bewerber zur Verbesserung Ihrer ganz persönlichen Lebensqualität bereithalten bzw. was dafür unternommen werden soll, ein solidarisches Miteinander unter den Bürgern dieser Stadt zu erreichen.

INTELLIGENTE, NACHHALTIGE LÖSUNGEN

Wir werden mit der Umsetzung einer intelligenten Verkehrspolitik, die alle Verkehrsarten optimal nutzt, eines Programms zur gleichberechtigten Entwicklung aller Stadt- und Ortsteile sowie zur nachhaltigen Stadtentwicklung nach ökologischen Grundsätzen beginnen. Mir ist es dabei wichtig, dass Brandenburg grün bleibt, das beachtliche Naherholungspotential seiner sauberen Seenlandschaft verschönert und trotz des Klimawandels sein ökologisches Gleichgewicht bewahrt. Ich wünsche mir ein weit über unsere Stadtmauern hinaus als kinder- und familienfreundlich angesehenes Brandenburg an der Havel. Ich wünsche mir eine Stadt, die wirtschaftlich aufstrebte, die sich kulturell vielfältig und experimentierfreudig zeigt, die wissenschaftlich stark und weltoffen ist.

Dafür stehe ich und daran möchte ich in den nächsten Jahren arbeiten. Sie sollen mich an meinen Taten messen.

A. Förster

Es ist Zeit für ein Arbeitsgesetzbuch in der BRD

Was ist ein Arbeitsgesetzbuch (AGB)? Ein solches Buch ist eine Kodifikation (systematische Zusammenfassung) des gesamten geltenden Arbeitsrechts, welche in einem Gesetzbuch abgebildet wird (ähnlich dem Sozialgesetzbuch).

In einigen europäischen Nachbarstaaten (Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn, Litauen, Russland, Luxemburg) gibt es solche Arbeitsgesetzbücher. Auch in der DDR gab es seit 1978 bis zum Einigungsvertrag ein AGB. Deshalb wurde in den Einigungsvertrag (Art. 30 Abs. 1) auch die Verpflichtung zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches aufgenommen. Selbst die Weimarer Reichsverfassung (Art. 157 Abs 2 WRV) verfügt über eine entsprechende Forderung. Aber noch immer, 20 Jahre nach dem Anschluss der DDR

an die BRD, ist der Gesetzgeber seiner Verpflichtung nicht nachgekommen. In der Partei DIE LINKE wird zurzeit ein entsprechender Gesetzesentwurf erarbeitet. Seit der Konstituierung der Landes-Arbeitsgemeinschaft AGB am 25.09.2008 in Potsdam wurde eifrig daran gearbeitet. Bisher wurden zwei Studien mit folgenden Themen erstellt: „Europäisches Arbeitsrecht - ein Menschenrecht zwischen Hoffnung und Vision. Wozu ein Arbeitsgesetzbuch? Visionen, Illusionen oder Notwendigkeit?“ und „Vorschläge zu den Leitprinzipien eines neuen Arbeitsgesetzbuches“. Für die dritte Studie: „Kollektives Arbeitsrecht - die

betriebliche Mitbestimmung“ ist bereits der erste, der theoretische Teil erarbeitet worden. Für den praktischen Teil wird es unter der Beteiligung von Betriebsräten am

08.04.11 einen Erfahrungsaustausch geben, dessen Ergebnisse in die Studie einfließen sollen.

Außerdem fand am 13.12.10 im Brandenburger Landtag eine Podiumsdiskussion mit dem Thema: „Soziales Arbeitsrecht - ein Entwurf aus linker Perspektive“ statt. Federführend in diesem Projekt ist der Koordinator des Arbeitskreises, Dr. Steffen Hultsch. Schon 2008 stellte er fest: „Das in der BRD geltende



Arbeitsrecht beruht noch immer auf einer Fülle von zum Teil veralteten Einzelgesetzen und Verordnungen aus verschiedenen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Diese Bestimmungen sind nicht aufeinander abgestimmt, d. h., sie weisen zahlreiche Widersprüche und Lücken auf.“ Diese Erkenntnis kann ich als betrieblicher Interessenvertreter bestätigen. Weil die Widersprüche zwischen den einzelnen Gesetzen und Normen groß sind und entsprechend unterschiedliche Auslegungen möglich machen, kommt das sogenannte Richterrecht zum Zuge. Das heißt, jeder Richter kann seine eigene Auffassung geltend machen. Ein neues, einheitliches Arbeitsrecht wäre also ein wichtiger Schritt zu mehr Rechtssicherheit, Rechtseinheit und Rechtsklarheit.

A. Kutsche

CO₂-Verpressung

Nun auch im Land Brandenburg möglich

Am 5. und 6. März tagte der 2. Landesparteitag in Potsdam mit spannenden Themen. Diskutiert und beschlossen wurden u.a. Anträge wie: „Den Wandel sozial gestalten“ und „Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen“.

Besonders vielfältige Diskussionen gab es zur möglichen CO₂-Abscheidung und -Speicherung (engl. Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS). Konfliktpunkt für DIE LINKE ist dabei die vor der Regierungsbeteiligung noch massiv vertretene Ablehnung der Braunkohleverstromung. Nun, in Koalition mit der SPD, sorgt gerade die Zustimmung der linken Landesregierung zu CCS für Proteste an der Basis. Auch Greenpeace demonstrierte mit einer zwei Meter hohen „CO₂-Zeitbombe“ vor dem Tagungshotel gegen die weitere Erprobung von CCS. Nach Expertenmeinungen scheinen die Risiken der CCS-Technologie unkalkulierbar. Für den Klimaschutz kommt CCS ebenfalls viel zu spät, denn die Technik ist frühestens



2030 großflächig verfügbar. „Wer das Klima schützen will, muss jetzt Kohlekraftwerke abschalten, statt neues CO₂ zu produzieren und als Zeitbombe zu verpressen“, so Anike Peters in ihrer Rede vor den Landtagsabgeordneten. Eine saubere Energiezukunft für das Land Brandenburg könnte mit der aktuellen Überarbeitung der Brandenburger Energiestrategie 2020 vorbereitet werden.

Im Abstimmungsergebnis entschieden sich die Delegierten aber doch mit

knapper Mehrheit für eine Erprobung von CCS. Damit befürwortet DIE LINKE diese riskante Technologie, welche in Kanada bereits für Unfälle und unvorhergesehene Folgen an Mensch und Natur sorgte. Weitere Proteste von Bürgerinitiativen wie „CO₂-Endlager stoppen“ aus dem Landkreis Oder/Spree oder der „Klinger Runde“ aus der Lausitz werden auch bei uns in Brandenburg an der Havel deutlich zu hören sein.

Vom Landesparteitag der LINKEN, H. Jacobs

Bund muss Defizit beseitigen

Städte und Gemeinden

Die aktuellen Finanzdaten des Städtetages sagen aus, dass die Städte und Gemeinden 2010 das größte Defizit seit Bestehen der Bundesrepublik aufweisen.

Damit die Kommunen handlungsfähig bleiben bzw. wieder werden, brauchen sie endlich eine tragfähige finanzielle Grundlage. Das Geld muss dorthin, wo die Menschen leben und wo öffentliche Aufgaben erledigt werden. Nur so kann verhindert werden, dass Bürgerinnen und Bürgern erneut in die Taschen gegriffen wird.

Laut einer Umfrage von Ernst & Young beabsichtigen 86 Prozent der Kommunen, im laufenden Jahr Steuern und Gebühren zu erhöhen, und jede zweite Stadt will Angebote reduzieren oder streichen.

Das ist der falsche Weg. Damit lässt sich das strukturelle Defizit der Kommunen von 9,8 Milliarden Euro nicht ausgleichen.

Trotz steigender Einnahmen ist eine Erholung der Finanzlage vieler Kommunen nicht in Sicht.

Die Gründe hierfür liegen in erster Linie in den Entscheidungen des Bundes. Daher sind Bundesregierung und Bundestag jetzt gefordert, ihre Verantwortung endlich wahrzunehmen. Die Umverteilung finanzieller Mittel von unten nach oben muss gestoppt werden. Die Gemeindefinanzkommission muss endlich Ergebnisse vorlegen:

Die Gewerbesteuer muss gestärkt und zur Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden. Die Bemessungsgrundlage muss verbreitert und bisher nicht gewerbesteuerpflichtige Unternehmer wie beispielsweise freiberuflich Tätige und freie Berufe müssen mit einbezogen werden.

K. Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Abends im Museum

Das Archäologische Landesmuseum gilt als wahres Kleinod in Brandenburg an der Havel

Die BO Inn der LINKEN Brandenburg an der Havel hatte kürzlich an einem Freitagabend zum Museumsbesuch mit Führung durch das Archäologische Landesmuseum eingeladen. 16 Interessenten fanden sich ein und haben diesen etwas anderen Einstieg ins Wochenende nicht bereut. Besonderer Dank gilt unserem kompetenten „Museumserklärer“, Herrn Michael Schneider, für sein Engagement beim Erläutern der vielen Exponate und der Beantwortung unserer Fragen.

Mit dieser musealen Anlage besitzt die Stadt Brandenburg ein wahres Kleinod der Museums- und Kulturlandschaft. Die Ausstellung ist nach neuesten museumspädagogischen Prinzipien konzipiert mit ihren Medieninseln zum selbstständigen Recherchieren, mit Modellen, Spielfilmen und

natürlich den unzähligen interessanten Exponaten. Und das Paulikloster ist bestens geeignet, mittelalterliches Flair zu vermitteln. Vielleicht sollte dem Mittelalter im Gesamtkonzept ein noch etwas höherer Stellenwert eingeräumt werden, gerade mit Blick auf die Geschichte Brandenburgs. Auch die Zeiten davor sind hervorragend präsentiert, aber irgendwie doch sehr weit weg. Demnächst wird uns eine Sonderausstellung zum jüdischen Leben im Mittelalter beglücken, ein Muss für jeden Kulturinteressierten! Gut ist, dass jetzt auch mit der Erarbeitung von museumspädagogischem Begleitmaterial für Kinder und Jugendliche begonnen wurde. Leider wird nämlich bisher gerade diese Altersgruppe in den Kitas und Schulen unserer Stadt kaum für einen



Archäologisches Landesmuseum im Kloster St. Pauli

Museumsbesuch beworben. Eine Ausnahme sind die interessanten thematischen Familienveranstaltungen, wel-

che an einigen Wochenenden Groß und Klein ins Museum ziehen.

Jedenfalls ist dieses tolle Mu-

seum jederzeit einen Besuch wert. Ab Gruppen von 10 Besuchern kostet der Eintritt nur 3 Euro, sonst 5 Euro. Diesen Besuch sollte man sich schon mal gönnen. Neuerdings gibt es dafür auch Jahreskarten (als Einzel- oder Familienkarten). Schön wäre es, die Berliner Regelung für die Museumsinsel mit erweiterten Geltungsbereichen für mehrere Museen in der Stadt oder Eintrittskarten für das Wochenende oder für andere Zeiträume auch hier einzuführen. Wir sollten alle aktiv Werbung für dieses Highlight der Museumskultur in Brandenburg betreiben. Auf den Internetseiten des Museums (<http://www.paulikloster.de/>) kann man sich z.B. über Sonderausstellungen, Preise und Termine für besondere Veranstaltungen informieren und weitere Erläuterungen abrufen. H. Hauffe

Theo Berg?

Was von Guttenberg übrig bleibt

Genau, da war doch noch was! Der Mann hieß mal Dr. Karl-Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Freiherr von und zu Guttenberg und war Verteidigungsminister. Für einen Übergangszeitraum hat er aus strategisch-taktischen Gründen mit dem Ministeramt auch größere Teile seines Namens zurückgegeben. Er nennt sich derzeit schlicht Theo Berg. Die Namensänderung geschah scheinbar schleichweise. Zuerst trennte er sich von seinem Dokortitel, wegen



Eigentumsklau. Zum Glück ging es nur um geistiges Eigentum. Nicht auszudenken, es wäre um echtes Eigentum gegangen, also um Immobilien oder ähnliche Heiligtümer! Danach verzichtete Guttenberg auf das adlige „zu“. Begründung: Er empfinde den Wahlspruch „Adel verpflichtet“ momentan als eine menschlich allzu anspruchs-

volle Hürde. Kurz darauf hat er auch das „Gutten-“ aus seinem Namen verschwinden lassen. Der Antrag ging an seinen Chef im Himmel: Bitte ein für allemal klären, wer denn nun die Gut(t)en und wer die Bösen sind, bis dahin wolle er die ersten beiden Silben seines Familiennamens ruhen lassen. Warum der Mann dann auch noch weite Teile seines Vornamens abgelegt hat, darüber lässt sich nur spekulieren. Ich tippe auf die Klangwirkung. Theo Berg – wenn sich das nicht nach einem Medienstar anhört!

Einer der ersten Nachwendewitze ging so: „Warum dauert das Abitur im Westen nicht 12, sondern 13 Jahre? Antwort: Ein Jahr ist Schauspielunterricht.“ So gesehen ist Theo Berg gut gerüstet

für künftige Aufgaben, die ihm garantiert angetragen werden. Übrigens, wie wär's mit einem wirkungsvollen Zweitnamen? Ehemalige IM's wüssten da sicher Rat. Irgendwo kursierte schon der Vorschlag „Felix Krull“. So heißt der Titelheld aus Thomas Manns Roman über einen Hochstapler.

Dr. U. Sändig

In Deutschland gibt es fast sieben Millionen Hartz-IV Empfänger, die wiederum etwa eine Million und 800.000 Kinder haben, zukünftige Rentenbeschaffer, die unsere kinderarme Gesellschaft ja eigentlich hegen und pflegen sollte. Sie alle leben von „Stützen“, deren geringe Höhe das Bundesverfassungsgericht zu Recht gerügt hat. Seit Wochen und Monaten ist deshalb ein unwürdiges Tauziehen über die Erhöhung der Hartz-IV-Leistungen im Gange. Die LINKE als einzige echte Verbündete der sozial Benachteiligten hat man in dieser Sache weitgehend außen gelassen – auf gut deutsch: ignoriert, so als existiere sie überhaupt nicht. Man wird es kaum glauben, aber selbst die Wirtschaft hat inzwischen ihr Befremden über dieses „Theater“ geäußert. Es gehe, so wird festgestellt,

... ick hör' dir trapsen...“

den Parteien vorrangig um die eigene Profilierung. Inzwischen hat man, nachdem bei der Hamburg-Wahl die regierende CDU eine sehr herbe Wahlschlappe einstecken musste, plötzlich eine einvernehmliche Lösung gefunden, die in zwei Schritten erfolgen soll. Dagegen wäre zunächst nichts einzuwenden, wenn einem nicht schwamen würde, dass diese Lösung auch ganz viel damit zu tun haben könnte, dass in diesem Jahr mehrere neue Landtage gewählt werden. Da möchte man sich mittels kleiner Geldzuwendungen beim Wähler ins rechte Licht rücken. Als Unterhändler fungierten vorrangig CDU und SPD – ausgerechnet, möchte man sagen. Die SPD spielt sich doch nur als Heilsbringerin auf, um vergessen zu machen, dass Hartz IV in ihren Reihen erfunden worden ist. Und die CDU spielt herunter,

dass sie der Erhöhung der Hartz-IV-Sätze nicht freiwillig zugestimmt hat, sondern erst vom Bundesverfassungsgericht angezählt werden musste.

Bei Sozialverbänden und erst recht bei der LINKEN, die wie üblich kaum erwähnt wird, stößt die plötzlich gefundene Lösung auf heftigen Widerspruch. Denn abgesehen davon, dass damit viele Bürger auch weiterhin vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden, wird genau genommen eine Nullnummer als Erfolg verkauft. Denn geflissentlich wird verschwiegen, dass die Erhöhung nicht mehr ist als ein magerer Inflationsausgleich! Übrigens soll Bundeskanzlerin Angela Merkel zwischenzeitlich mit einer Erhöhung der Steuern gedroht haben, wenn man auf einen zu hohen Betrag kommen würde. W. Weise

Die MAZ und Alfredo Förster

Nicht bestellt, aber eingetroffen: Kommentar eines Parteilosen

Auch wenn die MAZ mit zahlreichen Seitenhieben das Gegenteil zu beweisen sucht: Die Opposition in Brandenburg ist ohne einen Alfredo Förster nicht mehr denkbar. Manche halten seinen Führungsstil für diktatorisch und unberechenbar. Ich – und mit mir viele andere – halten ihn für konstruktiv. Stille ist Stillstand, den Leisetretern und Heimlichtuern kann man nicht trauen – das ist Alfredos Überzeugung, und so verschafft er sich mal polternd, mal unverschämzt zuspitzend, gelegentlich auch allzu spontan Gehör.

Er wird nicht müde zu wiederholen: Jeder Brandenburger hat das Recht auf eine offene Politik und Mitbestimmung bei dem, was geschieht. Ein Grund, warum er meine und die Unterstützung vieler anderer hat, ist die konsequente und gewiss nicht immer einfache Suche nach Lösungen für soziale Probleme. Ich bin parteiloser Unterstützer der Linkspartei, aber ehrlicherweise nicht



Alfredo Förster und MAZ-Lokalredakteur Jürgen Lauterbach.

immer eins mit der Bundes- und Landespolitik, sondern fühle mich in erster Linie wegen solcher geradlinigen Personen wie Alfredo Förster mit der LINKEN verbunden. Kann man seine Argumentationen zu politischen und sozialen Themen nicht widerlegen, bleibt er konsequent bei seiner Meinung und klärt jeden, der es möchte, gerne darüber auf. Warum das so wichtig ist, zeigte uns zuletzt die Diskussion zu den Strompreiserhöhungen und deren Verantwortlichen. Andere Fraktionsvorsitzende kippten um, was jeder Bürger demnächst zu spüren bekommt. Es sei ihm wichtig, betonte Alfredo kürzlich in einer per-

sönlichen Unterhaltung, langfristige Erfolge für unsere Brandenburger zu erreichen und sich nicht kurzfristig darzustellen. Stabile Preise, gerade bei wiederkehrenden Kosten wie Strom, Miete usw., sind wichtige Bestandteile sozialer Errungenschaften. Mir steht er mit Rat und Tat zur Seite, wenn es um Fragen zum Vereinssport und dessen Bezahlbarkeit geht. Bei allen Meinungsunterschieden zur Person Alfredo Förster wird kaum jemand bestreiten, dass er dazu beiträgt, die Rolle der LINKEN als ernst zu nehmende Partei auf kommunaler Ebene zu festigen und zu erhöhen. M. Reichelt

Unterstützung



Am 29.05.2011 findet bereits zum neunten Mal das traditionelle Kinder- und Familienfest auf dem Gelände des Waldcafé Görden statt. Wir benötigen die Hilfe aller BO`en, gern auch anderer Bürger unserer Stadt, um das Fest vorzubereiten und zu unterstützen.

Was brauchen wir? Zum Beispiel selbstgebackenen Kuchen, welcher am 29.05.2011 gegen 9.00 Uhr am Kuchenstand abgegeben werden kann. Sehr willkommen sind ehrenamtliche Kuchenverkäufer (Gesundheitsausweis nicht vergessen). Kleine Geschenke, Preise für die Kinder und Exponate für den Trödelmarkt können ab jetzt in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE am Altstädtischen Markt 2 abgegeben werden.

Im Namen des Festkomitees danke ich schon jetzt allen Helferinnen und Helfern für ihre Unterstützung. R. Musehold

Aus dem Kandidaten-Kreißsaal

Norbert, mach uns den Scholz!

Die Brandenburger Ablegerin der sehr betagten Mutterpartei SPD hatte nun schon seit Monaten in den Kandidaten-Wehen zur Oberbürgermeisterwahl 2011 gelegen und in ihrer Angst vor der Niederkunft sogar einer verlängerten Schwangerschaft zugestimmt. Ach ja, die Endgültigkeit hat eben immer so etwas unangenehm Definitives, das hat die alte Tante SPD noch nie geliebt. Einige der Genossen drängten aber auf die rasche Geburt eines Auserwählten, der sie als Stadt-Messias von Dietlind, der ungeliebten Baulöwin, endlich erlösen sollte. Ja, sie entschlossen sich sogar zur Vorab-Veröffentlichung eines Ultraschallbildes von ihrem Lieblings-Fötus Dirk Stieger, um der ganzen Welt in den Havelniederungen zu beweisen: „Yes, we can!“, frei übersetzt ins Brandenburgische: „Den wolln wa!“

Nur, mit ihrem OB-Wunschkind hatten sich die Unterbezirkler ganz gewaltig verStiegert, denn Landeshauptling Matthias vom Brauhausberg erklärte den vermeintlichen Stammhalter unverzüglich zu einem illegitimen Spross und rief aus: „Dieser Stieglitz als OB ist für mich niemals ok!“ Mit anderen Worten, ein Hinterstiegen-Witz. Der Dirk hatte nämlich, als er noch ein ganz kleiner DDR-Stiegling war, zu viel Abgehörtes aufgeschrieben. Hätte er, wie der freiherrliche Plagiator Karl Theodor der Gegelte, einfach nur Unerhörtes abgeschrieben – wer weiß, vielleicht hätten seine Parteifreunde ein Auge zugedrückt ... nun Gutt!
Das sozialdemokratische Provinzvolk war jedenfalls betreten und betroffen; es wartete darauf, dass sein Alleroberster vom Unterbezirk, Ralf der Holzschuher,

endlich eine Kampfansage zusammenschustern und seine Pantinen in den Ring werfen würde – aber weit gefehlt! Landes-Ralf grinste nur, sehr lange und ... sehr bedeutend; längst schon hatte er in Potsdam sein auskömmliches Einkommen gefunden und für sich entschieden: Lieber in der Fraktion gelächelt, als durch Brandenburg gehechelt. Er winkte ab, lächelnd natürlich.
Da war guter Rat teuer, denn der verbliebene Nachwuchs im SPD-Kindergarten gab kaum Anlass zu Freuden-sprüngen. In allen SPD-nahen Hinterzimmern wurde nun eifrig debattiert, es rauchten die Colts und die Köpfe und das Parteivolk ließ sich schließlich zu einem Ergebnis quälen. Ralf der Verzichtbare verkündete süffisant, man habe sich für eine lokale Wiedergeburt entschieden und schicke mit Norbert



Langerwisch ein kampferprobtes Schlachtross in den September-Wahlkampf. Klar, man hätte sich zwar einen jüngeren Kandidaten gewünscht, aber mit einem professionellen Facelifting plus Diätkur ließen sich auch beim Norbert noch ein paar Jahre rauskitzeln. Es gebe bereits „Grünes Licht“, die Ent-Faltung des Kandidaten auf Wahlkampfkosten zu befördern. Für Norbert den Ge-

wichtigen spreche vor allem, dass er sich mit den Attacken der Baulöwin auskenne und nicht gleich umfallen würde. Das kollektive Aufatmen der Genossen war gewaltig und führte vereinzelt zu heftigen Windhosen über den Sozistammtischen. Mit einem sehnsüchtigen Blick nach Hamburg erscholl schließlich der Ruf: Norbert, mach uns den Scholz!
H.-J. Laß

Liebe LeserInnen,

Editorial

mit dieser ersten Ausgabe der „Havelbrandung“ für 2011 halten Sie die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel in der Hand, die in einem veränderten Layout und, wie wir meinen, mit einer größeren Übersichtlichkeit erscheint.
Bisher konnten wir quartalsweise 10 000 Exemplare drucken und diese stadtteilbezogen in Ihre Briefkästen bringen. Mit einer Auflagenhöhe von 37 500 Exemplaren erreichen wir nun alle Haushalte unserer Stadt.
Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Oberbürgermeisterwahl im September eine wesentliche Voraussetzung, Sie mit den Vorstellungen und Zielen linker Politik für die Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt vertraut zu machen. Die Medienlandschaft in Brandenburg an der Havel ist meiner Meinung nach geprägt von einem kon-

servativen, der CDU nahestehenden Stadtsender SKB, zwei kostenlosen Werbezeitungen, die für sich genommen eine recht faire Berichterstattung liefern, und einer schon fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen MAZ, die, mit fallender Tendenz, nicht einmal mehr 25 % der Haushalte erreicht. Bei letzterer ist das auch gut so, denn die teilweise oberflächlichen und zweckgefärbten Kommentare der Stadtreaktion finden somit nur eine sehr begrenzte Leserschaft.

sammenleben der Menschen, eben geprägt von linken Ideen und Ansichten.
Das Wichtigste zum Schluss. Das Wichtigste sind Sie, liebe Leserinnen und Leser. Ihre Meinung ist gefragt. Die verstärkte Teilnahme an unserem Preisrätsel, Telefonate und Gespräche zeigen uns, dass eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Inhalten unserer Zeitung in immer breiterem Maße stattfindet. Schreiben Sie uns, rufen Sie uns an, kommen Sie mit uns ins Gespräch. Wir werden



Zu diesem Spektrum wollen wir ein kleines Gegengewicht aus linker Sicht setzen. Dabei sind wir dann natürlich bewusst parteiisch. Parteiisch im Sinne eines Solidaritätsgedankens in unserer Gesellschaft, in dem Wunsch nach mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Zu-

sammenleben der Menschen, eben geprägt von linken Ideen und Ansichten.
alle Hinweise, Vorschläge, Kritiken etc. ernst nehmen und bei unserer – ausnahmslos ehrenamtlichen – Arbeit berücksichtigen.
In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß und Freude beim Lesen unserer „Havelbrandung“. für die Redaktion
L. Krakau

Abschalten – jetzt!

Wenn sich angesichts der tragischen Ereignisse in Japan nicht jedes Gefühl außer tiefer Betroffenheit und unendlichem Mitleid von selbst verbieten würde, könnte man ja eine gewisse Häme empfinden. Wir LINKEN haben schließlich schon immer gesagt: „Atomenergie – nein danke!“ Weil das Risiko dieser Technologie nicht wirklich beherrschbar ist; weil ethisch-moralische Standards es verbieten, wissenschaftliche Erkenntnisse hemmungslos in die Praxis umzusetzen. Weil die Atomlobby und ihre Handlanger nach dem alten Marx-Wort handeln: „Bei 50 % Profit drückt der Kapitalist beide Augen zu, bei 75 wird er kriminell und bei 100, da geht er über Leichen.“ Merkel und Co. ziehen jetzt halbherzig die Notbremse, aber hat bei ihnen tatsächlich ein nachhaltiges Umdenken eingesetzt oder reagieren sie nur auf die Angst einer Mehrheit, die ihnen die Wiederwahl vermiesen könnte?
Das Nein zur Atomenergie ist ein Ja zum Leben. Es ist

freilich auch die Absage an eine Ideologie, die das Wirtschaftswachstum über jeden anderen Wert stellt und Gott Markt unreflektiert anbetet. Hand aufs Herz: Auf welche „Segnungen“ der heutigen Lebensweise würden Sie denn verzichten? Auf die tägliche Autofahrt zum Einkaufen, wenn es doch das Fahrrad oder der kleine Fußmarsch auch täte? Auf so manches technische Spielzeug mit eingebauter Wegwerf-Falle? Auf das billige Fleisch von wachstumsbeschleunigten Kreaturen? Auf die unfair gehandelten Produkte aus bitterarmen Ländern, wo Kinderarbeit an der Tagesordnung ist?
Übrigens hat unsere Partnerstadt Kaiserslautern für Bunkyo-ku, ihre japanische Partnerstadt, eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Auch wir Brandenburger sind aufgerufen, uns zu beteiligen. Hier die Spendenadresse: Stadtparksparkasse Kaiserslautern, BLZ 540 501 10, Konto-Nr. 533 315, Stichwort „Stadt Kaiserslautern – Hilfe für Japan“.
Dr. U. Sändig

Von Spatzen & Schlagstöcken

Ein Bericht aus Dresden vom 19. Februar 2011



Dresden, Südvorstadt am 19.02.2011

Zu früh klingelt der Wecker an diesem Samstag. Es ist dunkel, es ist kalt und der erste Kaffee wird noch ein paar Stunden auf sich warten lassen. Müde Gesichter, dick eingepackte Körper, sie entern den Bus, fläzen sich in die Sitze, schlafen sofort wieder ein.

Die müden Augen öffnen sich, der Bus steht. Erstaunte Blicke: Der Bus steht auf der Autobahn, darf nicht weiterfahren. Auf der Standspur laufen Menschen. Eine große Masse an Menschen. Die Tür öffnet sich, man schließt sich dem Zug der fremden Freunde an; auf dem Weg in die Innenstadt Dresdens.

Müde Beine verkünden das

Ankommen nach sechs Kilometern, doch an Ausruhen ist nicht zu denken. Sofort nach den Treffpunkten für die Sitzblockade suchen, sofort hinsetzen! Dick eingemummelt; verschiedenste Materialien unter Tausenden von Popos und die besondere Wärme der Menschen untereinander halten die Kälte ab. Zusammengekauert wie Spatzen im tiefsten Winter sitzen Menschen jedes Alters nebeneinander auf Straßen und Plätzen und warten auf die Kanonen der Polizei. Mit Schlachtrufen, Gesängen und Blockadefachsimelei versuchen sie, die Räumungsaufforderung der Polizei zu übertönen. Irgendwo schmiert

sich jemand eine Stulle mit Frischkäse und sieht nicht, wie ein Wasserwerfer langsam näher rollt. Auch in diesem Jahr wird jede Blockade hart umkämpft werden müssen.

Der Eindruck täuscht nicht. Die Ersten werden herausgezerrt. Sie wehren sich. Pfefferspray. An einer anderen Ecke stehen Polizisten mit Schäferhunden. Die bellen und keine Sekunde später liegt jemand unter ihnen. Schreiend. Ein paar Seifenblasen fliegen vorbei. Ein Schlagstock saust vorüber, die Blase der Hoffnung platzt und der Wasserwerfer kommt immer näher. Engeres Zusammenrücken. Augen zukneifen. Weiter hoffen, dass die Blockade hält. Die Polizisten ziehen ab. Sie werden woanders gebraucht. Großes Durchatmen, dann die bittere Nachricht: Naziformation an neuem Ort – schnell kommen!

Aufstehen, auf den Weg machen, ihr dort bleibt hier sitzen. Aus allen Ecken strömen wir zum gemeinsamen Ziel. Tausende Demonstranten stehen Hunderten Nazis gegenüber. Jetzt und hier. Jetzt oder nie. Eine Durchsage der Polizei. No pasarán – sie kommen nicht durch! Freude, Singen, Tanzen und Lachen heißen unsere Begleiter auf dem Weg nach Hause. *E. Gabrysiak, [solid] Brandenburg*

Warum die IM's unentbehrlich sind

Wem nützt die Heroisierung der Spitzel?

Bis 2019 soll in Sachen „IM“ weiter fleißig überprüft werden.

Mal abgesehen davon, dass die dafür zuständige Behörde Jahr für Jahr Millionen Euro Steuergelder verschlingt, ist doch Skepsis angebracht über die Motive der schwarzgelben Regierung, die mit Schützenhilfe von SPD und Grünen den uneingeschränkten Fortbestand dieser Behörde beschlossen hat, deren Existenz dann fast ein Drittel Jahrhundert andauert.

WELCHE MOTIVE HAT DIE SCHWARZ-GELBE REGIERUNG?

Ihre Arbeit würde, so heißt es, der politischen Hygiene dienen und somit mehr als gerechtfertigt sein. Ist tatsächlich politische Lauterkeit das Motiv, wenn längst zugegebene Stasi-Verstrickungen oder „neu entdeckte“ Akten als Entlassungsgrund oder Instrument der Parteienpropaganda genutzt werden dürfen, und zwar praktisch ohne Verjährungsfrist? Was ist, wenn der Behörde bis 2019 die Skandale ausgehen? Überprüft man dann Leute, die ausgangs der DDR im frühkindlichen Nachttopf-Alter waren? Wäre ja

auch irgendwie konsequent, herauskriegen zu wollen, ob ein DDR-Dreikäsehoch seinen Kumpel vom Nebentopf wegen Falschpinkelns angeschwärzt hat. Bedenklich an dem ganzen Aufarbeitungseifer ist vor allem die Tatsache, dass selbst der popligste Zuträger, die mieseste Petze mittlerweile einen Stellenwert bekommen, den er oder sie in Wirklichkeit nie hatten. Wem nützt, so fragt man sich, diese Dämonisierung der Spitzel bis weit hinein ins 21. Jahrhundert? Den seit Bibelzeiten bekannten Pharisäer-Typen, die da beteten: „Ich danke dir, Gott, dass ich nicht bin wie jene Sünder dort...“? Die also in der IM-Ächtung einen geeigneten Weg sehen, die eigenen Verächtlichkeiten klein zu reden? Motto: Spitzeln ist schließlich schlimmer als mobben oder schummeln! Oder nützt die Überhöhung der Spitzel doch eher den Möchtegern-Widerständlern, die ihre IM-Gegner groß reden müssen, um für sich selbst einen Hauch von Heldentum in Anspruch nehmen zu können: Auch sie hätten schließlich heftig protestierend unterm Tisch hervorgeguckt? Politische Hygiene sieht anders aus.

W. Weise, Dr. U. Sändig

Neue Erfahrungen der AG Senioren

Im vergangenen Jahr hat sich die Senioren-AG bei der inhaltlichen Gestaltung ihrer Arbeit strikt an den seniorenpolitischen Standpunkten der LINKEN orientiert. Entsprechend standen Gesprächsrunden und Informationsveranstaltungen zu kommunalpolitischen Themen im Mittelpunkt.

Im Februar 2010 kam es zu einem Gedankenaustausch mit dem Fraktionsvorsitzenden Alfredo Förster. In der lebhaften Diskussion wurde die Notwendigkeit einer eigenen, in sich geschlossenen Konzeption der LINKEN für die Stadtentwicklung unterstrichen.

FRAGENKATALOG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG

Im April 2010 folgte eine Informationsveranstaltung zum Thema Gesundheitsversorgung. Die Geschäftsführerin des Brandenburger Klinikums, Frau Wolter, stand den etwa 30 Teilnehmern Rede und Antwort. In dem reichhaltigen Fragenkatalog, den die AG erstellt hatte, ging es vor allem um konkrete Informationen, wie die Gesundheitsversorgung in unserer Stadt auf hohem Niveau gesichert werden kann. Am Schluss dieser Veranstaltung bot sie an, in einer weiteren Veranstaltung auf

die Funktionsweise des neuen Gesundheitszentrums am Bahnhofsvorplatz einzugehen. In diesem Zusammenhang sei eine der wichtigsten Erfahrungen der AG benannt: Erfolgversprechende seniorenpolitische Arbeit ist ohne kompetente Partner nicht möglich.

AUF AUGENHÖHE

Mitte Mai 2010 kam es zu einer ersten Gesprächsrunde mit der „Linksjugend [solid]“. Hier galt es zunächst einmal, miteinander über Generationengrenzen hinweg bekannt zu werden und einander über politische und kultu-

relle Aktivitäten zu informieren. Mitte September 2010 initiierte die AG eine weitere Gesprächsrunde, diesmal unter dem Motto: „Fragen, Probleme und Alternativen zur Finanz- und Wirtschaftskrise.“ Wenn man die bisherigen Erfahrungen der Senioren-AG zusammenfassen wollte, so ließen sie sich auf den Nenner bringen: Wir Älteren müssen auf die jungen Leute zugehen und die Gespräche mit ihnen auf gleicher Augenhöhe führen. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, solche Gesprächsrunden zielstrebig auszubauen, voneinander zu lernen und so die Kontakte weiter zu vertiefen.

ERLEBNIS AUTORENLESEUNG

Weitere wichtige Erfahrungen beziehen sich auf das geistig-kulturelle Leben in der Senioren-AG. 2010 konnte erneut der Potsdamer Schriftsteller Walter Flegel zu einer Buchlesung „Der Malvenweg“ begrüßt werden. Außerdem konnten wir schon Lutz-Rüdiger Schöning und Christa Kozik bei Lesungen in Brandenburg erleben. Kein Zweifel, ohne die Potsdamer Schriftsteller wäre das Leben unserer Senioren-AG nicht halb so interessant.

*O. Mehlhase
Sprecher der Senioren-AG*

Was ist ein „Leistungsträger“?

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert

Im Wörterbuch findet man nur die beiden Einzelteile des Kompositums, „Leistung“ und „Träger“. Ersteres wird definiert als „ausgeführte Arbeit, Ergebnis einer Anstrengung, Gelingen, Erfüllung; Arbeit in der Zeiteinheit“. Ein „Träger“ ist „ein Ding oder eine Person, das oder die etwas trägt“. Personen tragen z.B. eine physische oder psychische Last, die Kosten, die Verantwortung, einen Titel, Orden oder Bart, Schmuck oder eine Uniform. Was sie noch alles tragen können, füllt in guten Wörterbüchern mehrere Spalten. Verdächtig: Dass man „Leistungen“ tragen kann, wird nicht aufgeführt. Aus gutem Grund, denn so wie der Begriff im herrschenden öffentlichen Diskurs gebraucht wird, ist er unlogisch, irreführend

und demagogisch. Wird etwa jede nützliche und gesellschaftlich notwendige Arbeit als Leistung betrachtet – oder nur die Erwerbsarbeit, genauer: die gut bezahlte Erwerbsarbeit? Schlecht bezahlte Jobs, Leiharbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, gar Familien- und ehrenamtliche Arbeit werden kaum in den Leistungsbegriff einbezogen, höchstens in Form eines feuchten Händedrucks. Den in diesen Bereichen Tätigen muss das Gelingen ihrer verantwortungsvollen, oftmals in Akkordzeit zu leistenden Arbeit Erfüllung genug sein! Anders herum werden manche sinn- und anstrengungslosen Beschäftigungen einfach aufgrund ihrer hohen Entlohnung zu Leistungen erklärt. Den entsprechenden „Leistungsträgern“ werden

dann auch gleich alle positiven Attribute für das, was sie tragen, zugeschrieben. Solche „Leistungsträger“ sind übrigens mehrheitlich Hosen-träger. Eine alleinerziehende Mutter mit unterbezahltem Job und ehrenamtlichem Engagement, die vielleicht am Abend noch einen gebrechlichen Verwandten pflegt, gilt gemeinhin nicht als Leistungsträgerin. Gleichzeitig tönen die Konservativen: „Leistung muss sich wieder lohnen.“ Die Leistungen der beschriebenen Mutter sind offenbar nicht gemeint. Für die, heißt es, könne sich die Gemeinde der selbsternannten „Leistungsträger“ eine Aufbesserung der Finanzen „nicht leisten“. So gesehen hat das Wort gute Chancen auf den Titel „Unwort des Jahres“. *Dr. U. Sändig*



Sitz der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters. Wer ihre Dienste in Anspruch nehmen muss, hat kaum eine Chance, als Leistungsträger bezeichnet zu werden.

Heidi Hauffe

„Ich wollte einfach etwas tun.“

Porträt



Mir gegenüber sitzt eine energiegeladene Frau. Selbst bei einer gemütlichen Tasse Kaffee kommt mir eine so große Welle Tatkraft und Lebenslust entgegen, dass sie mich einfach mitnimmt.

Doch wer ist diese freundliche Frau, die es versteht, ihre Mitmenschen immer wieder zu begeistern und anzutreiben?

Auf die Frage, wie sie zur Politik gekommen sei, verrät Heidi Hauffe: „Schuld daran ist vor allem meine Tochter, die hat mich angesteckt.“ Stolz kann sie nicht nur auf Tochter und Sohn sein, sondern auch auf das, was sie

selbst jeden Monat, jede Woche, jeden Tag schafft. Was sie treibt, ist der Wunsch, dass unsere Gesellschaft gerechter und menschlicher werden möge. Da hat sie klare Vorstellungen und Ideale, da schlägt ihr Herz unbeirrbar links.

Man mag meinen, die Ausübung ihres Lehrerberufes sei heute schwieriger denn je. Heidi streitet das nicht ab, doch das kämpferische Funkeln in ihren Augen verrät, dass sie nicht der Typ Mensch ist, der schwierige Gegebenheiten kritiklos oder resigniert erduldet. Aufstehen – aktiv werden – selber machen! Am besten lädt man noch zehn andere Menschen hinzu, damit es auch bunt wird. Und wenn Heidi ruft, sagen alle, dann muss man einfach kommen: Sei es zu den Treffen der Basisorganisation Innenstadt (BO Inn), zu Sitzungen des Kreisverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) oder zu einem gemeinsamen Besuch im Museum. Ihre Energie steckt an. Wenn man Heidi erzählen hört, gewinnt man den Eindruck, dass sie

ständig unterwegs ist, auch in ihrer Freizeit; immer gibt es etwas Neues zu entdecken. Neue Anstöße, Ideen und Gedanken saugt sie auf wie ein Schwamm. Und gibt sie uneigennützig an andere weiter. Von dieser Vorgehensweise profitieren alle um sie herum: der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport der SVV, die kulturellen Bildungsträger der Stadt Brandenburg, die GEW, die Schule und natürlich auch die LINKE. Augenzwinkernd verrät sie: „Die Abkürzung 'Inn' für unsere BO bedeutet in Wirklichkeit Innovation.“

Ich denke an meine, die junge Generation und frage mich, ob wir uns in der Zeit, die zwischen unserem und Heidis Alter liegt, zu eben solchen emanzipierten und engagierten Menschen entwickeln können, die mit Idealen für ihre Ziele kämpfen und sich durch nichts ihren Mut nehmen lassen, woran, und das betont sie, nicht zuletzt ihre Familie großen Anteil hat. Stehen wir auf und finden es heraus.

Für das Gespräch bedankt sich E. Gabrysiak

Erzwungene Lieblosigkeit

Wenn die Menschlichkeit auf der Strecke bleibt

Fast jeder weiß es: Was sich irgendwie privatisieren lässt, ist inzwischen auch privatisiert worden. Das mag, wo es eine echte Konkurrenz gibt, durchaus in Ordnung sein. „Konkurrenz belebt das Geschäft“, heißt ein nicht mehr ganz frischer Spruch, den Götz W. Werner, der „dm“-Gründer (Drogerie Markt), bekanntermaßen mit den Worten ergänzte: „... - keine Konkurrenz noch mehr.“

Offensichtlich gibt es Bereiche, bei denen sich eine Privatisierung eigentlich verbietet, zum Beispiel bei der Post, der Bahn, den Energie- und Wasserversorgern, der Bildung, insbesondere aber beim Gesundheitswesen. Die Gefahr einer mehr oder minder alternativlosen Monopolstellung ist da einfach zu groß, wie entsprechende Privatisierungsaktivitäten beweisen. Das Volk ist den Anbietern dann auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, denn kaum jemand kann

auf solche Dienstleistungen verzichten. Den zuständigen Führungsgremien mag es zwar auch um einen hochwertigen Service gehen, im Vordergrund steht aber wohl doch die Gewinnmaximierung, also das liebe Geld, letztlich der ganz persönliche Vorteil. Dessen Kehrseite sind zunehmend unpersönliche Dienstleistungen. Neuerdings hört man zum Beispiel von privaten Pflegeheimen, wo minutiös vorgeschrieben ist, wie lange welche Handreichungen bei den Pflegebedürftigen dauern dürfen. Dass die Menschlichkeit dabei auf der Strecke bleibt, versteht sich fast von selbst.

Aber man kann den schlecht bezahlten Pflegekräften ihre erzwungene Lieblosigkeit eigentlich nicht vorwerfen. Vielmehr sind sie Rädchen im Getriebe eines Systems, das die Menschen zu menschenunwürdigem Verhalten nötigt.

W.Weise

Rate mal!

Von wem stammen die folgenden Sprüche und Lebensweisheiten?

Ankreuzen und die Lösung schicken an:

Geschäftsstelle **DIE LINKE**, Redaktion „Havelbrandung“, 14770 Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2.

Die besten Ratefische werden mit Büchergutscheinen belohnt.

In der Winterausgabe haben gewonnen: V. Karius, D. Bading, A. Wagner, R. Raschetti, E. Behle. Die Benachrichtigung erfolgt schriftlich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Glück!

1. Wer wagt selbst zu denken, der wird auch selbst handeln.
 A chinesische Weisheit B Bettina von Arnim
2. Ein guter Hirte schert zwar seine Schafe, zieht ihnen aber nicht noch das Fell über die Ohren.
 A australischer Spruch B irisches Sprichwort
3. Dummheiten, die man bei anderen sieht, wirken meist erhebend auf's Gemüt.
 A Christian Morgenstern B Wilhelm Busch
4. Ein Mann kann höchstens vollständig sein, eine Frau aber vollkommen.
 A Eleonora Duse B Christel Schulze
5. Saatkörner dürfen nicht vermahlen werden.
 A Ilse Aigner B Käthe Kollwitz
6. Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selbst. Er gibt auch anderen eine Chance.
 A Winston Churchill B Thomas A. Edison
7. Die Furcht, dass wir uns lächerlich machen, verursacht unsere größte Feigheit.
 A Charly Chaplin B André Gide
8. Macht korrumpiert weniger in dem Sinn, dass man sich unerlaubte Befugnisse anmaßt, sondern die erlaubten missbraucht.
 A Winston Churchill B Lord Chesterfield
9. Die Dummheit drängt sich vor, um gesehen zu werden; die Klugheit steht zurück, um zu sehen.
 A Carmen Sylva B Anna Seghers
10. Man braucht nichts im Leben zu fürchten, man muss nur alles verstehen.
 A Voltaire B Marie Curie



Die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE bei ihrer Spendenübergabe an das Brandenburger Asylbewerberheim. Wie alle Abgeordneten der LINKEN spendet Frau Golze ihre Diätenerhöhung bereits seit Januar 2008 monatlich an soziale Einrichtungen, Verbände, Vereine usw.

Was Wann Wo

APRIL 2011:

- 11.04. - 18.00 Fraktion
- 12.04. - 16.00 BO-Vorsitzendenberatung
- 20.04. - 09.30 Frühstück für Jedermann
- 20.04. - 15.00 AG Senioren, Info-Veranstaltung mit dem GF der VBB, W. Jumpertz, zu Problemen und Perspektiven des innerstädtischen Nahverkehrs
- 26.04. - 18.00 Fraktion
- 27.04. - 16.00 SVV
- 28.04. - 18.00 Vorstandssitzung

MAI 2011:

- 01.05. - 10.00 Treff am Bollmannbrunnen, Demo zum Marienberg, Bürgerfest, Podiumsdiskussion mit Parteivorsitzenden der Stadt, Moderation: Günther Fuchs, Landesvorsitzender GEW
- 09.05. - 18.00 Fraktionssitzung
- 10.05. - 16.00 BO-Vorsitzendenberatung
- 18.05. - 09.30 Frühstück für Jedermann
- 18.05. - 14.00 AG Senioren, Besichtigung des neuen Gesundheitszentrums mit Frau Wolter, GF Städt. Klinikum
- 23.05. - 18.00 Fraktionssitzung

- 25.05. - 16.00 SVV
- 26.05. - 18.00 Vorstandssitzung
- 29.05. - 10.00 Kinder- und Familienfest, Waldcafé Görden

JUNI 2011:

- 14.06. - 16.00 BO-Vorsitzendenberatung
- 14.06. - 18.00 Fraktionssitzung
- 15.06. - 09.30 Frühstück für Jedermann
- 15.06. - 09.00 AG Senioren, Fahrt zum Europäischen Vogelschutzgebiet am Rietzer See bei Brandenburg
- 27.06. - 18.00 Fraktionssitzung
- 29.06. - 16.00 SVV
- 30.06. - 18.00 Vorstandssitzung

- immer Di ab 18.00 Uhr und Do ab 16.00: linksjugend [`solid]
- immer Donnerstags 10.00 bis 12.00 Uhr: Schuldnerberatung (nur mit telefonischer Voranmeldung).
- jeden 3. Mittwoch: BO Inn, 19.00 Uhr, Café Undine

Jetzt Mitglied werden!
Mitmachen und Einmischen!
 Für einen gesetzlichen Mindestlohn.
 Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr.
www.dielinke-brb.de

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte
ausreichend
frankieren

DIE LINKE
 Am Altstädtischen Markt 2
 14770 Brandenburg an der Havel

IMPRESSUM:

HAVELbrandung . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 01/2011 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel . V.i.s.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: redaktion@dielinke-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 37.500 Stück.

Redaktionsleitung: L. Krakau und A. Kutsche

Redaktionsmitglieder: W. Müller, P. Zimmermann, W. Weise, Dr. U. Sändig

Bildnachweise: Werner Müller/DIE LINKE (1|2|3|4|7), Märkische Allgemeine Zeitung (4), Karikatur: R. Aiff (5), Michaela Trenner (6), René Kretzschmar | DIE LINKE (8)

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE

Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-brb.de . E-Mail redaktion@dielinke-brb.de